



Niederschrift Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 18.06.2019
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:04 Uhr
Ort, Raum:	Bürgersaal des Stadthauses
Sitzungsnummer	HFA/030/19

- 1 Bericht des Magistrats
 - 1.1 Bauernmarkt am Samstag, 15. Juni 2019
 - 1.2 Mobiles Weingut 2019
 - 1.3 25-jähriges Jubiläum der Maria-Jockel-Kindertagesstätte am Samstag, 15. Juni 2019
 - 1.4 Gemarkungsrundgang am Sonntag, 16. Juni 2019
- 2 Änderung oder Aufhebung der Straßenbeitragssatzung vom 07.06.2006
Antrag der FWG vom 14.02.2019, eingegangen am 14.02.2019 sowie
Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 25.02.2019, eingegangen am
25.02.2019 sowie Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 07.03.2019,
eingegangen am 07.03.2019
in Verbindung mit der Vorlage 0026/S/19 Prüfantrag der SPD-Fraktion
vom 08.03.2019, eingegangen am 08.03.2019, sowie Änderungsantrag
zum Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 12.03.2019, eingegangen
am 12.03.2019
Herr Eckermann steht zu diesem Punkt im Rahmen des zugegangenen
Gutachtens der Firma Eckermann & Krauß nochmals für eventuell
bestehende Fragen zur Verfügung.
Vorlage: 0033/S/19
- 3 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim
Aufstellung eines Bauleitplans mit der Bezeichnung Bebauungsplan
„Wohnanlage zwischen Kiefern- und Buchenweg“
 - a) Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB
i.V.m. § 13a BauGB und der berührten Behörden und Träger öffentlicher
Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13a BauGB
 - b) Satzungsbeschluss nach §§ 5 Hessische Gemeindeordnung (HGO)
und 10 Baugesetzbuch (BauGB)Beschlossen durch Magistrat am 17.04.2019
Vorlage: 0088/S/19
- 4 Beschluss nach §100 HGO - Überplanmäßige Auszahlungen
Beschlossen durch Magistrat am 15.05.2019
Vorlage: 0089/S/19

- 5 Kenntnisnahme des 1. Finanzberichts 2019 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO
Beschlossen durch Magistrat am 29.05.2019
Vorlage: 0122/S/19
- 6 Einführung Freiwilliger Polizeidienst im Rahmen einer interkommunalen
Zusammenarbeit
Beschlossen durch Magistrat am 29.05.2019
Vorlage: 0133/S/19
- 7 Grundsteuerreform auf den Weg bringen, Flickenteppich vermeiden
Resolutionsantrag der SPD-Fraktion vom 28.05.2019, eingegangen am
29.05.2019
Vorlage: 0134/S/19
- 8 Anwendung des Teilhabechancengesetzes für Langzeitarbeitslose auf
dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt bei der Stadt Gernsheim
Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 27.05.2019, eingegangen am
29.05.2019
Vorlage: 0135/S/19
- 9 Verkehrsgarten
Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 30.05.2019, eingegangen am
31.05.2019
Vorlage: 0136/S/19
- 10 "Digitale Dorflinde" - öffentliches WLAN in Gernsheim
Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 02.06.2019, eingegangen am
03.06.2019
Vorlage: 0139/S/19
- 11 Neu: Verbesserter Versicherungsschutz für unverheiratete
Lebenspartner/innen von Feuerwehrleuten
Resolutionsantrag der FDP-Fraktion vom 26.04.2019, eingegangen am
26.04.2019
Vorlage: 0104/S/19

Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste

Verlauf

Frau Vorsitzende Draut begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.
Die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.
Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Frau Vorsitzende Draut stellt fest, dass folgende Damen und Herren
stimmberechtigt sind:

Für die CDU-Fraktion: Frau Chmura, Herr Trock, Herr Fritsch
Für die SPD-Fraktion: Frau Draut, Herr Jirele
Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Herr Bornhofen
Für die FDP-Fraktion: Frau Rittberger-Göbler

Herr Jirele erklärt für die SPD-Fraktion, dass der Antrag 0134/S/19, TOP 7, "Grundsteuerreform auf den Weg bringen, Flickenteppich vermeiden, Resolutionsantrag" zurückgezogen wird.

Frau Rittberger-Göbler erklärt für die FDP-Fraktion den Prüfantrag 0140/S/19, TOP 11 „Erweiterung des Versicherungsschutzes der Gernsheimer Feuerwehren“ als erledigt.

Herr Bürgermeister Burger erklärt, dass aufgrund des durch die FDP-Fraktion als erledigt erklärten Prüfantrages 0140/S/19 der Resolutionsantrag 0104/S/19 der FDP-Fraktion aus der letzten Sitzungsrunde „Verbesserter Versicherungsschutz für unverheiratete Lebenspartner/innen von Feuerwehrleuten“, somit obsolet geworden ist. Seitens der Verwaltung wurde der Resolutionsantrag zum Versenden vorbereitet aber noch nicht verschickt. Er beantragt, diesen Antrag **als Tagesordnungspunkt 11 „neu“** aufzunehmen, um den Beschluss aus der letzten Sitzungsrunde als erledigt zu erklären, damit auf einen Versand der Resolution verzichtet werden kann.

Herr Kaspar weist darauf hin, dass nach der geltenden Geschäftsordnung die Erweiterung der Tagesordnung um einen zusätzlichen Punkt als Dringlichkeitsantrag durch die Stadtverordnetenversammlung mit einer 2/3 Mehrheit beschlossen werden muss.

Herr Bürgermeister beantragt, den Tagesordnungspunkt 12 „An- und Verkauf von Grundstücken“, Vorlage 0117/S/19, in nicht-öffentlicher Sitzung zu behandeln

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zum Tagesordnungspunkt 11“ neu“:
Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu TOP 12: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

1 Bericht des Magistrats

1.1 Bauernmarkt am Samstag, 15. Juni 2019

Am Samstag, dem 15. Juni 2019, fand der 6. Gernsheimer Bauernmarkt auf dem Schöffersplatz statt. Leider hatten 3 von 18 Anbietern ihre Teilnahme kurzfristig abgesagt, so dass 3 Standplätze nicht besetzt waren.

Die Besucherzahl war in diesem Jahr geringer als in den vergangenen Jahren, die teilnehmenden Gernsheimer Vereine und Firmen waren mit dem Umsatz jedoch zufrieden.

Unser Dank gilt den Mitarbeitern des Bauhofs der Schöffersstadt Gernsheim, die sowohl beim Aufbau als auch beim Abbau tätig waren.

1.2 Mobiles Weingut 2019

Am 07. Juni 2019 fand die Auftaktveranstaltung des „Mobilen Weinguts“ auf dem Stadthausplatz statt.

Auch in diesem Jahr wird das „Mobile Weingut“ sehr gut nachgefragt. Die teilnehmenden Winzer zahlten im 1. Quartal 2019 erstmals ein Standgeld in Höhe von jeweils 150,00 € und haben in diesem Zug auch die Verantwortung für den jeweiligen Veranstaltungstag erhalten.

Der Ausschank wurde wie in den vergangenen Jahren definiert im Zeitraum von 17:00 bis 21:00 Uhr; daran halten sich die Winzer. Seitens einiger Gäste gab es Beschwerden, dass das Fest zu kurz sei.

1.3 25-jähriges Jubiläum der Maria-Jockel-Kindertagesstätte am Samstag, 15. Juni 2019

Am Samstag, dem 15. Juni 2019, wurde das 25-jährige Bestehen der Maria-Jockel-Kindertagesstätte gefeiert. Zahlreiche Kinder, Eltern, ehemalige und aktive Erzieherinnen, Vertreter der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats sowie weitere Gäste nahmen an dieser Feier teil.

Die Schöffersstadt Gernsheim bedankt sich bei allen Eltern, dem Elternbeirat, allen Erzieherinnen und weiteren Beteiligten, die zum Gelingen dieses Jubiläumstages mit integriertem Spielfest beigetragen haben. Gernsheimer Vereine übernahmen das Speiseangebot und trugen ebenfalls zur schönen Tagesgestaltung bei.

1.4 Gemarkungsrundgang am Sonntag, 16. Juni 2019

Rund 50 Personen nahmen an dem diesjährigen Gemarkungsrundgang teil, der am 16. Juni 2019 gemeinsam mit Odenwaldklub durchgeführt wurde.

Unser besonderer Dank gilt Herrn Helmut Unger, der die vorgeschlagene Route vorab abgefahren ist. Die Teilnehmer konnten sich über das Baugebiet Ringstraße 2 und über die Ortsumgehung B 44 –neu – Klein-Rohrheim informieren.

Wir danken den Verantwortlichen des Tierschutzvereins Gernsheim, die die Besichtigung des Tierheims incl. der Quarantänestation ermöglichten sowie dem Verein für Deutsche Schäferhunde für die Bewirtung zum Abschluss des Gemarkungsrundgangs.

- 2 Änderung oder Aufhebung der Straßenbeitragssatzung vom 07.06.2006**
Antrag der FWG vom 14.02.2019, eingegangen am 14.02.2019 sowie Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 25.02.2019, eingegangen am 25.02.2019 sowie Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 07.03.2019, eingegangen am 07.03.2019
in Verbindung mit der Vorlage 0026/S/19 Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 08.03.2019, eingegangen am 08.03.2019, sowie Änderungsantrag zum Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 12.03.2019, eingegangen am 12.03.2019
Herr Eckermann steht zu diesem Punkt im Rahmen des zugegangenen Gutachtens der Firma Eckermann & Krauß nochmals für eventuell bestehende Fragen zur Verfügung.
Vorlage: 0033/S/19

Frau Vorsitzende Draut weist zum Tagesordnungspunkt 2 auf bestehende Interessenkollisionen hin.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kaspar, Herr Bürgermeister Burger, Herr Stadtrat Weinmann und Herr Bayer verlassen den Raum.

Seitens der FWG-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

„Die FWG Gernsheim beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung folgende Punkte zu beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt für die SSV eine Beschlussvorlage zu erstellen, in der die Straßenbeitragssatzung vom 07.06.2006 dahingehend abgeändert oder aufgehoben wird, damit zukünftige Kosten für Straßensanierungen komplett aus dem Haushalt zu finanzieren sind.
2. Für eine eventuelle anteilige Rückerstattung für Sanierungen aus dem Jahr 2017 erstellt der Magistrat eine Kostenrechnung.

Seitens der FDP-Fraktion wird folgender Änderungsantrag zum Ergänzungsantrag der FWG-Fraktion vorgelegt:

„Die FDP-Fraktion beantragt, den Antrag der FWG wie folgt zu ergänzen:

"Aufgrund der §§ S, 51 und 93 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl Seite 142), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. Mai 2018 (GVBl Seite 247), der §§ 1 bis 5a,6a,II des Hessischen Gesetzes über kommunale Abgaben in der Fassung vom 24. März 2013 (GVBl Seite 134), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Mai 2018 (GVBl Seite 247), hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gernsheim in der Sitzung am 20.03.2019 folgende Satzung über die Aufhebung der Straßenbeitragssatzung der Stadt Gernsheim beschlossen:

§1

Die Straßenbeitragssatzung der Stadt Gernsheim zur Erhebung einmaliger Straßenbeiträge vom 23.05.2006, in Kraft getreten am 07.06.2006, wird aufgehoben.

§2

Diese Aufhebungssatzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Die Satzung wird hiermit ausgefertigt."

Im Rahmen der Aussprache zu Punkt 2 des Antrags der FWG-Fraktion berichtet Herr Eckermann von Eckermann & Krauß nochmals, wie bereits in der Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 06.05.2019 ausführlich erläutert, dass eine Rückzahlung bereits geleisteter Zahlungen für Straßensanierungskosten in der Marktgemeinde Niederaula durch die kommunale Aufsichtsbehörde nicht geduldet wurde.

Herr Marx teilt mit, dass in der eingeholten Rechtsauskunft vom Hessischen Städte- und Gemeindebund zu Punkt 2 des FWG-Antrages die Rückzahlung bereits geleisteter Beiträge ebenfalls kritisch gesehen wird. Die Stellungnahme der kommunalen Aufsichtsbehörde ist ebenfalls angefordert, diese liegt jedoch noch nicht vor.

Herr Diller zieht für die FWG-Fraktion Punkt 2 des Antrages zurück.

Im weiteren Verlauf der Aussprache werden die einzelnen Vor- und Nachteile der verschiedenen Finanzierungsmodelle von Straßensanierungen und deren finanzieller Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger kontrovers diskutiert.

Herr Eckermann weist darauf hin, dass das in der Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorgestellte Gutachten als ergebnisoffen zu betrachten ist und als Grundlage zur Entscheidungsfindung dienen soll.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS zum Änderungsantrag zum
Ergänzungsantrag der FDP vom 12.03.2019: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 3 (2 SPD, 1FDP)
Nein-Stimmen : 2 (1 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen)
Enthaltung : 2 (CDU)

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS zum Antrag der FWG vom 12.02.2019,
Punkt 1: Zustimmung**

Ja-Stimmen : 3 (2 SPD, 1 FDP)
Nein-Stimmen : 2 (1 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen)
Enthaltung : 2 (CDU)

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kaspar, Herr Bürgermeister Burger, Herr Stadtrat Weinmann und Herr Bayer nehmen wieder an der Sitzung teil.

- 3 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim
Aufstellung eines Bauleitplans mit der Bezeichnung Bebauungsplan
„Wohnanlage zwischen Kiefern- und Buchenweg“
a) Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB
i.V.m. § 13a BauGB und der berührten Behörden und Träger
öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13a BauGB
b) Satzungsbeschluss nach §§ 5 Hessische Gemeindeordnung (HGO)
und 10 Baugesetzbuch (BauGB)
Beschlissen durch Magistrat am 17.04.2019
Vorlage: 0088/S/19**

Zum Tagesordnungspunkt 3 weist Frau Vorsitzende Draut auf bestehende Interessenkollisionen hin.

Herr Bürgermeister Burger, Herr Stadtrat Zeißler, Frau Stadträtin Saltzer und Herr Jirele verlassen den Sitzungsraum.

BESCHLUSS:

Beschlussfassungen zu a):

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt den Beschlussempfehlungen zu den vorliegenden Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit (§ 3 Abs 2 BauGB i.V.m. § 13a BauGB) und der Beteiligung der Behörden (§ 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13a BauGB) während der Auslegungsfrist gemäß Anlage zu.

Beschlussfassung zu b):

Nachdem der Entwurf des Bebauungsplans mit der Bezeichnung Bebauungsplan „**Wohnanlage zwischen Kiefern- und Buchenweg**“ mit zugehöriger Begründung sowie Umweltfachbeitrag einschließlich Artenschutzprüfung öffentlich ausgelegt hat, der Öffentlichkeit und den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wurde, die vorliegenden Stellungnahmen von der Stadtverordnetenversammlung durch Beratung und Beschlussfassung abgewogen wurden, beschließt die Stadtverordnetenversammlung den vorliegenden Entwurf des Bauleitplans mit der Bezeichnung Bebauungsplan „**Wohnanlage zwischen Kiefern- und Buchenweg**“ mit Begründung als Satzung. Der Magistrat wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplans als Satzung ortsüblich bekannt zu machen und die Rechtskraft herbeizuführen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu a): Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu b): Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

Herr Bürgermeister Burger, Herr Stadtrat Zeißler, Frau Stadträtin Saltzer und Herr Jirele nehmen wieder an der Sitzung teil.

4 Beschluss nach §100 HGO - Überplanmäßige Auszahlungen Beschlissen durch Magistrat am 15.05.2019 Vorlage: 0089/S/19

Frau Vorsitzende Draut weist zum Tagesordnungspunkt 4 auf bestehende Interessenkollisionen hin.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kasper verlässt den Sitzungsraum.

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Bereitstellung von überplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von brutto 120.000,-- EUR gemäß § 100 HGO. Die Deckung erfolgt über I-54101021 – Straßennetz IG Ost.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kasper nimmt wieder an der Sitzung teil.

- 5** **Kenntnisnahme des 1. Finanzberichts 2019 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO**
Beschlossen durch Magistrat am 29.05.2019
Vorlage: 0122/S/19

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den 1. Finanzbericht 2019 zum Buchungsstand 20.05.2019 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO zur Kenntnis.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zur Kenntnis genommen

- 6** **Einführung Freiwilliger Polizeidienst im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit**
Beschlossen durch Magistrat am 29.05.2019
Vorlage: 0133/S/19

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung befürwortet die Einführung eines Freiwilligen Polizeidienstes im Rahmen einer Interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden Biebesheim am Rhein, Stockstadt am Rhein und der Schöffersstadt Gernsheim.

Der Magistrat wird beauftragt, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den Gemeinden Biebesheim am Rhein und Stockstadt am Rhein sowie dem Land Hessen abzuschließen.

Die erforderlichen Mittel werden unter Berücksichtigung der zu erwartenden Bezuschussung durch das Land Hessen in der Finanzplanung 2020 ff. eingestellt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 3 (CDU)
Nein-Stimmen : 2 (SPD)
Enthaltung : 2 (1 FDP, 1 Bündnis 90/Die Grünen)

**7 Grundsteuerreform auf den Weg bringen, Flickenteppich vermeiden
Resolutionsantrag der SPD-Fraktion vom 28.05.2019, eingegangen
am 29.05.2019
Vorlage: 0134/S/19**

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

„Wir beantragen und bitten die Stadtverordnetenversammlung folgende Resolution zu beschließen:

Die Schöfferstadt Gernsheim fordert die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, die Reform der Grundsteuer, gemäß dem vorgelegten Gesetzesentwurf des Bundesfinanzministeriums unverzüglich zu beschließen.“

Der Antrag wurde bereits zu Beginn der Sitzung von Herrn Jirele für die SPD-Fraktion zurückgezogen.

**8 Anwendung des Teilhabechancengesetzes für Langzeitarbeitslose
auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt bei der Stadt
Gernsheim
Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 27.05.2019, eingegangen am
29.05.2019
Vorlage: 0135/S/19**

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Prüfantrag vorgelegt:

„Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen ob und unter welchen Umständen in der Schöfferstadt Gernsheim gemäß den § 16e und § 16i SGB " des Teilhabechancengesetzes und/oder dem Förderinstrument "Eingliederung von Langzeitarbeitslosen" Langzeitarbeitslose eine sozialversicherungspflichtige berufliche Perspektive, in Tätigkeitsfeldern der Stadt Gernsheim geboten werden kann.“

Herr Bürgermeister Burger führt aus, dass die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen nach §16e SGB II nur unter der Voraussetzung erfolgen kann, wenn eine Arbeitslosigkeit von mindestens 2 Jahre vorliegt. Es erfolgt ein Lohnkostenzuschuss im ersten Jahr von 75 % und im zweiten Jahr von 50 %. Das Bewerbungs- und Auswahlverfahren ist durch die Stadt möglich, erfolgt aber in Abstimmung mit dem Jobcenter.

Die Einstellung von Langzeitarbeitslosen nach §16i SGB II kann nur unter den Bedingungen erfolgen, dass diese mindestens 6 der letzten 7 Jahre arbeitslos, Harz-IV-Empfänger und mindestens 25 Jahre alt sind. Der Lohnkostenzuschuss beträgt im 1. und 2. Jahr 100 % und reduziert sich gestaffelt für das 3. – 5. Beschäftigungsjahr. Das Arbeitsverhältnis kann auf 5 Jahre befristet werden. Das Auswahlverfahren und der Abschluss des Arbeitsvertrages erfolgt durch die Agentur für Arbeit, sodass für die Schöfferstadt Gernsheim keine Einflussnahme über die Auswahl für die einzustellende Person besteht.

Herr Bürgermeister Burger gibt zu bedenken, dass für eine extra für diesen Zweck geschaffene Stelle nach Ablauf des Lohnkostenzuschusses die Finanzierung nicht mehr gesichert ist und insbesondere für den Einsatz im Klärwerk oder Wasserwerk fundierte Fachkenntnisse notwendig sind. Zudem wird die Schöfferstadt Gernsheim mit dem Einsatz von leistungsgeminderten Mitarbeitern in der Verwaltung, im Bauhof und auf dem Friedhof bereits seiner sozialen Verantwortung gerecht.

Aufgrund der ausführlichen Erläuterungen fragt Herr Bürgermeister Burger, ob dadurch der Prüfantrag beantwortet ist.

Herr Jirele bedankt sich für die detaillierten Ausführungen und erklärt für die SPD-Fraktion, dass in der heutigen Sitzung keine Abstimmung erfolgen soll sondern erst in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27.06.2019.

9

Verkehrsgarten

Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 30.05.2019, eingegangen am 31.05.2019

Vorlage: 0136/S/19

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Prüfantrag vorgelegt:

„Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird gebeten, folgendes zu prüfen:

Welchem finanziellen Aufwand bedarf es, den Verkehrsgarten zu ertüchtigen? In der Prüfung sollte eine Ausbesserung der Wege, deren Markierung und das Aufstellen von Verkehrsschildern sowie eventuell Sitzmöglichkeiten beinhaltet sein.

Herr Bürgermeister Burger nimmt Bezug auf einen weiteren den Verkehrsgarten betreffenden Antrag der GUD-Fraktion aus dem Jahr 2015 und erklärt, dass die Planung des Verkehrsgartens im städtebaulichen Entwicklungskonzept erst für den Zeitraum 2021/2022 vorgesehen ist und sich die Magistratskommission Innenstadtentwicklung aus diesem Grund noch nicht mit dem Thema befasst hat. Pauschal sind 200.000 Euro für dieses Projekt eingeplant. Der Wortlaut des Beschlusses zum Antrag 0134/S/15 sowie der Wortlaut des Antrages 0136/S/19, sofern dieser in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wird, werden den Mitgliedern der Magistratskommission Innenstadtentwicklung zur Kenntnis gegeben und als Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung der Magistratskommission Innenstadtentwicklung vorgesehen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

10 "Digitale Dorflinde" - öffentliches WLAN in Gernsheim Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 02.06.2019, eingegangen am 03.06.2019 Vorlage: 0139/S/19

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Prüfantrag vorgelegt:

„Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim möge bitte prüfen:

- 1) Welche Standorte für öffentliches WLAN in Gernsheim geeignet sind. Dabei sollen auch die Stadtteile berücksichtigt werden.
- 2) Welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen, um Fördermittel aus dem Programm "Digitale Dorflinde" des Landes Hessen erhalten zu können.
- 3) Mit welchen Kosten bei der Einrichtung zu rechnen ist.“

Herr Bornhofen verweist in diesem Zusammenhang auf einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus dem Jahr 2015, der sich noch in der Umsetzung befindet.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu Punkt 1: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 2 (SPD)

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: zu Punkt 2: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu Punkt 3: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

11

**Neu: Verbesserter Versicherungsschutz für unverheiratete
Lebenspartner/innen von Feuerwehrleuten
Resolutionsantrag der FDP-Fraktion vom 26.04.2019, eingegangen
am 26.04.2019
Vorlage: 0104/S/19**

Bereits zu Beginn der Sitzung wurde darüber abgestimmt, den Resolutionsantrag 0104/S/19 der FDP-Fraktion „Verbesserter Versicherungsschutz für unverheiratete Lebenspartner/innen von Feuerwehrleuten“ vom 26.04.2019 als Tagesordnungspunkt 11 „neu“ auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Bürgermeister Burger erklärt, dass aufgrund des durch die FDP-Fraktion als erledigt erklärten Prüfantrages 0140/S/19 der Resolutionsantrag 0104/S/19 der FDP-Fraktion aus der letzten Sitzungsrunde „Verbesserter Versicherungsschutz für unverheiratete Lebenspartner/innen von Feuerwehrleuten“, somit obsolet geworden ist. Seitens der Verwaltung wurde der Resolutionsantrag zum Versenden vorbereitet aber noch nicht verschickt.

Herr Bürgermeister Burger beantragt folgenden Wortlaut in der Stadtverordnetenversammlung am 27.06.2019 zu beschließen: „Die in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.05.2019 beschlossene Resolution in Sachen „Verbesserter Versicherungsschutz für unverheiratete Lebenspartner/innen von Feuerwehrleuten“, Antrag 0104/S/19 der FDP-Fraktion vom 26.04.2019, wird als erledigt erklärt und auf einen Versand der Resolution wird verzichtet.“

Herr Kaspar weist darauf hin, dass nach der geltenden Geschäftsordnung die Erweiterung der Tagesordnung um einen zusätzlichen Punkt als Dringlichkeitsantrag durch die Stadtverordnetenversammlung mit einer 2/3-Mehrheit beschlossen werden muss.

Der Protokollauszug des Tagesordnungspunktes 11 „neu“ aus dieser Sitzung dient als Tischvorlage zur Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung am 27.06.2019.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

Frau Vorsitzende Draut schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und verabschiedet die Besucher.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

gez. Vorsitzende

gez. Schriftführerin
hü